

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt  
Amtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck: Buchdruckerei W. H. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.  
Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum. Geschäftsstelle: Dudenbergstr. 11, Fernsprecher 123.  
Postfachkonto Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Dudenbergstr. 4, Fernsprecher 123.

Nr. 26.

Mittwoch, den 23. April 1924.

96. Jahrgang.

Fortdauer der alliierten Besprechungen über das Gutachten.

Frankreichs Standpunkt zur Entscheidung der Reparationskommission: Ein Schreiben des französischen Ministerpräsidenten.

Poincarés Stellungnahme.

TU. Paris, 22. April. Laut „Matin“ wird die französische Regierung im Laufe des Tages den Brief veröffentlicht, in dem sie der Reparationskommission den Empfang der beiden Sachverständigenberichte vom vergangenen Samstag bestätigt hat. „Daily Mail“ behauptet, daß der Brief Poincarés die nachstehenden Punkte enthalte:

1. Die französische Regierung stimmt den Sachverständigenanträgen im Ganzen zu und schließt sich ihnen ebenso vollständig an, wie die übrigen alliierten Regierungen es tun.
2. Nachdem die Sachverständigen der Ansicht Ausdruck gegeben haben, daß der Plan von der Reparationskommission, oder von den Regierungen oder von beiden vervollständigt werden müsse, wünscht Herr Poincaré, daß die Reparationskommission mitteilt, welche Punkte von den Regierungen und welche von ihr selbst vervollständigt werden könnten.
3. Bevor Frankreich und Belgien zu einem Austausch ihrer Pfänder gegen allgemeinere aufgeföhrt werden können, müsse nach Auffassung Poincarés die Goldnotenbank bereits in Tätigkeit getreten und weiter die Eisenbahnorganisation gebildet und die industriellen Schuldverschreibungen übergeben worden sein. Außerdem müsse als eine weitere Vorbedingung der Restitutions der notwendigen Gesehe erlassen und angenommen haben.
4. Teilt die französische Regierung in dem Briefe mit, daß einer Veränderung des gegenwärtigen Regimes ein internationales Abkommen hinsichtlich der Strafmaßnahmen, die im Falle deutscher Verfehlungen ergriffen werden, vorausgehen müssen.

Paris, 22. April. „Matin“ bestätigt die Meldung des „Temps“, daß die französische Regierung in einem Brief an die Reparationskommission Stellung zu deren Beschluß genommen hat. Nach dem Blatt wird die Antwort heute veröffentlicht werden. Die französische Regierung verweigert nicht, daß sie vor der Arbeit der Sachverständigen die gleiche Meinung habe wie die Reparationskommission und die anderen alliierten Regierungen, aber sie weist darauf hin, daß der Wiederherstellungsausschuss seine Arbeit noch nicht beendet habe. Es genüge nicht, den Bericht der Sachverständigen anzunehmen und die Arbeit, die unter seiner Verantwortung zu leisten sei, unter das Reich und die Alliierten zu verteilen, indem man dem ersten sage, es müsse die notwendigen Gesehe beschließen, und letzterem empfehle, sich über die Maßnahmen zu verständigen. Uebrigens habe der Wiederherstellungsausschuss in Punkt 6 seiner Empfehlungen anerkannt, daß er selbst in gewissem Grade die Arbeit der Sachverständigen vervollkommen müsse. Namentlich in der schwierigen Frage der Uebertragung der deutschen Zahlungen nach dem Auslande sei kaum etwas gelungen. Es scheine also, daß der logische Verlauf der Dinge nicht vollkommen beobachtet worden sei. Es sei normal, daß der Ausschuss sich zuerst bemühe, ein vollkommenes Reparationsprogramm auf der Grundlage des Sachverständigenberichts auszuarbeiten. Dieses Programm habe die Kommission dem Deutschen Reich zu übermitteln und ihm seine Verpflichtungen bekanntzugeben. Gleichzeitig müsse sich der Ausschuss an die alliierten Regierungen wenden und ihnen die Fragen bezeichnen, die nach seiner Ansicht nicht der Zuständigkeit des Ausschusses, sondern der Regierungen unterstehen. Die Tatsache, daß Macdonald in

einer öffentlichen Rede über die Lage eine von der französischen Ansicht sehr verschiedene Meinung kundgegeben habe, mache die Rückkehr zur logischen Ordnung notwendig, wenn man einen Mißerfolg vermeiden wolle. Die französische Regierung habe dem Vorliegenden des Wiederherstellungsausschusses geantwortet, sie werde in einseitigem Geiste die Maßnahmen prüfen, die sie ihrerseits vornehmen werde, um das Gelingen des Sachverständigenprogramms zu erleichtern, aber vorher müsse der Ausschuss seine Entscheidung vervollkommen, indem er die Punkte bezeichne, über die die Alliierten noch zu erwägen hätten.

Eine Reparationskonferenz im Mai?

Paris, 22. April. Einer hier vorliegenden Brüsseler Meldung zufolge soll Anfang Mai in London eine Konferenz der alliierten Regierungen stattfinden, die sich mit der Reparationsfrage auf der Grundlage der Sachverständigenanträge beschäftigen soll. Den Vorsitz soll angeblich Macdonald übernehmen. Die Hauptaufgabe der Konferenz wird dem Vernehmen nach in der Festsetzung der endgültigen Reparationssumme bestehen. Man spricht von 50 Milliarden Goldmark.

Eine Bestätigung dieser vorstehenden Nachricht von amtlicher allierter Seite fehlt bisher.

Der alliierte Meinungsaustausch.

TU. Paris, 22. April. Die Besprechungen zwischen London und Paris einerseits und Brüssel und Paris andererseits bezüglich der Expertenberichte sind auch über die Feiertage nicht unterbrochen worden. Ueber den Inhalt der Verhandlungen war in Paris nichts bekannt. Auch die Abendblätter ergeben sich in unbestimmten Vermutungen. Der belgische Volkskammer in London ist, wie die Abendpresse berichtet, nach Brüssel gereist, um mit dem Außenminister und dem Ministerpräsidenten Besprechungen zu pflegen, die sich über die Expertenberichte erstrecken. Auch zwischen Rom und Brüssel sind, wie hier verlautet, reger Meinungsaustausche während der letzten zwei Tage im Gange.

Macdonalds Standpunkt.

Der Londoner Berichterstatter der „Chicago Tribune“ will erfahren haben, daß Macdonald und Poincaré durch ihre beiderseitigen Vorkämpfer in den letzten 14 Tagen in ständiger Fühlung miteinander gestanden hätten und jetzt dahin übereingekommen seien, abzuwarten, bis die Reparationskommission einen erschöpfenden Bericht über den Bericht der Sachverständigen gefaßt habe. Ministerpräsident Poincaré habe durch den englischen Berichterstatter in Paris die Versicherung abgegeben, daß er seinen Standpunkt aufrecht erhalte, dahingehend, daß die Reparationskommission ein Organ sei, das im Rahmen des Versailles-Vertrages souverän entscheiden könne. Er habe ausgedrückt, daß zwischen seiner wiederholten Erklärung, Frankreich werde aus dem Aufruhr nicht herausgehen, bis es Bezahlung erhalten habe, und der neuerlichen Erklärung, daß Frankreich die Sachverständigenberichte annehme, kein Widerspruch bestehe. Poincaré sage, daß er bereit sei, die von ihm mit Bestätigung belegten Forderungen in ein allgemeines Pfändersystem einzufügen zu lassen, aber es müsse eine Uebergangszeit vorgesehen werden, während der die allgemeinen Pfänder, die französisch-belgische Eisenbahnregie und die Bergwerke unter Kontrolle der McKeanautonomie sein müßten, sodann, wenn Deutschland sich zu einer Verfehlung schuldig mache, jederzeit die Rückkehr zur Besetzung möglich sei.

w. London, 21. April. Premierminister Macdonald erklärte in seiner mit Spannung erwarteten Rede auf der Zusammenkunft der unabhängigen Arbeiterpartei heute in York, von stürmischen

Beifall begrüßt, u. a., die jetzige Regierung bestrebe auch nur aus Menschen, sie habe Fehler gemacht und werde weiter Fehler machen. Wenn sie ihr Amt in zwei Wochen niederlegen würde, so würde sie doch der Geschichte der Arbeiterbewegung ihren Stempel aufgedrückt haben; die Arbeiterpartei sei seit Januar größer geworden, nicht an Umfang, aber dem Geiste nach. Der Premierminister beschäftigte sich weiter mit der Reparationsfrage; er erklärte, er sei froh, zu sehen, daß das ganze Land hinter ihm stehe in der Ansicht, daß der Sachverständigenbericht als Ganzes angenommen werden müsse. Der Bericht enthalte Dinge, die er schätze, und Dinge, die er nicht gern habe, aber wenn er diese oder jene Einzelheiten aufzuwerfen beginnen würde, so würden Frankreich, Belgien und Deutschland daselbst tun, und man würde sich in genau derselben Lage befinden und genau wieder da sein, wo man angefangen habe. Hier ist, sagt Macdonald, Europas Gelegenheit — ergreife sie sofort und vollständig, und mach weiter und nehme das Werk und bringe Frieden und Sicherheit für den Kontinent! Es geht aus den Berichten der Sachverständigen klar hervor, daß, wenn man noch zwei Jahre dieselbe Politik fährt, welche man seit zwei oder drei Jahren betrieben hat, keine Hoffnung auf Sicherheit und Frieden mehr besteht. Ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund würde die Organisation vollenden, auf der ich gern den künftigen Frieden Europas gründen will. Wir sehen im übrigen den Aufstieg eines extremen Nationalismus in Deutschland als eine sehr große Drohung an und als gefährlich für Europa und beklagenswert auch für Deutschland. Macdonald drang darauf, Deutschlands Wort anzunehmen.

w. London, 22. April. Die Stelle über Deutschland in der Rede des englischen Ministerpräsidenten auf der Tagung der Unabhängigen Arbeiterpartei hat folgenden Wortlaut: Laßt uns zu Deutschland sagen, wenn ihr erklärt, daß ihr die Vorschläge der Sachverständigen annehmen werdet, so werden wir euch bei eurem Worte nehmen. Wir haben keinerlei Vorbereitungen getroffen, um irgend einem Verzuge auf eurer Seite zu begegnen. Falls ihr nach dieser feierlichen Verpflichtung im Verzug bleibt, dann werden wir und unsere Mitarbeiter einander näher stehen als je und wir werden auf das Ergebnis warten, aber wir vertrauen euch.

Deutsch-englische Unterhandlungen.

TU. Paris, 22. April. Der Berliner Korrespondent der Chicago Tribune behauptet, daß zwischen Deutschland und England ein reger Meinungsaustausch in der Frage der Sachverständigenberichte im Gange wäre. Das Berliner Kabinett habe sich namentlich an die englische Regierung gewandt mit der Bitte, ihm ihre Auffassung über die letzte Rede Poincarés und über eventuelle Verhaltensmaßnahmen mitzuteilen.

Abreise der amerikanischen Sachverständigen.

w. Paris, 22. April. Die drei amerikanischen Sachverständigen Dawes, Young und Robinson verlassen heute Frankreich am Bord des Verlatkan.

Weitere amerikanische Mitarbeit in der Reparationsfrage.

w. Paris, 22. April. Laut „Petit Parisien“ nimmt man in amerikanischen Kreisen in Paris an, daß für die nach den amerikanischen Blättern vorgesehene offizielle Mitarbeit der Vereinigten Staaten an der Reparationsfrage der Teilhaber von Morgan, Morrow, gewählt werde, da der neben ihm genannte Sachverständige Owen Young nach New York abgereist sei.

Er hat eine glänzende Gelegenheit, durch die Frage, ob er es sachlich meint, seinen Mitbürgern einen Dienst zu erweisen. Die Liberale Partei ist bereit, in dieser Angelegenheit sich großzügig zu zeigen und ihre Handlungsweise nicht von kleinlichen und vorübergehenden parteipolitischen Erwägungen beeinflussen zu lassen. Wenn die Arbeiterpartei nicht ebenso großzügig handle, sondern es vorziehe, nach kleinlichen Parteimotiven vorzugehen, so übernimmt sie die schwere Verantwortung, eine große Sache zu gefährden und das Leben und das Schicksal von Millionen unserer Arbeiter während der kommenden Jahre der Willkür der reaktionären Elemente in unserem Lande auszuliefern.

Neubildung des italienischen Kabinetts.

TU. Rom, 21. April. Die nach den Kammerwahlen notwendig gewordene Neubildung des Kabinetts führt zu zahlreichen Veränderungen der bisherigen Zusammensetzung. Der Kolonialminister Federoni übernimmt den Präsidentenposten. An Stelle des zurückgetretenen Kriegsministers Diaz tritt der Statthalter von Fiume, General Cagallero. Zwei Ministerien werden abgeschafft, und zwar das Kolonial- und das Wirtschaftsministerium. Ersteres wird dem Ministerium des Inneren, letzteres dem Finanzministerium zur Mitverwaltung zugeteilt.

Der Kampf um den Stillen Ozean

Der andauernde Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und Japan ist durch die Einwanderungsbill, die vom Repräsentantenhaus und vom Senat mit großer Mehrheit angenommen wurde und eine tödliche Spitze gegen die japanische Einwanderung entzündet, von neuem verschärft worden. Das mußte früher oder später einmal geschehen. Der Interessenswiderstreit zwischen den beiden Rassen auf den Inselgruppen der Südpazifik und an der kalifornischen Küste ist zu stark, als daß er sich durch „Gentleman-Abmachungen“ und andere Ausflüßmittel, wie sie in den letzten zehn Jahren wiederholt erfolgreich angewandt wurden, bannern ausgelassen ließ. Die Amerikaner haben an sich in der starken Einwanderung ein Haar gefunden, zumal seit der germanischen Zufluß geringer wurde und mehr und mehr durch romanische, slawische, aber auch ostasiatische Nachzügler verdrängt war. Man hat drüben mit Recht die Meinung, daß die Bildung des neuen amerikanischen Volkstyps noch keineswegs abgeschlossen ist, daß die Vermischung mit den Germanen nur vorläufig ist, daß dagegen andere Beimischungen nachteilig wirken müssen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, wurde die Einwanderung kontingiert, auch auf die Konsequenz hin, daß dadurch der Nachschub aus Deutschland, Skandinavien und England, der nach wie vor erwünscht bleibt, zurückgedrängt wurde. Es hat sich aber rasch herausgestellt, daß das nichts half, und so entschloß man sich, das Gesetz zu ändern in der Form, daß zur Berechnung der Quote die Einwanderungszahl von 1890 zugrunde gelegt wurde. Dadurch erfolgt eine starke Verkleinerung zu Ungunsten der Romanen und Slawen, deren Einwanderung damals noch keine Rolle spielte. Und weil es gleichzeitig ein Aufwaschen war, wurde so nebenbei die Einwanderung der Japaner überhaupt verboten. Das widerspricht früheren Abmachungen. 1907 ist von beiden leitenden Diplomaten beider Länder ein privates Uebereinkommen getroffen, worin Japan weitgehende Zusagen in der Beschränkung der Auswanderung nach Amerika machte, während die Vereinigten Staaten dafür im übrigen den Japanern keine Schwierigkeiten mehr machen wollten.

Die Kalifornier, die ja die Nächstleidtragenden sind, behaupten nun, daß Japan diese Abmachungen nicht gehalten hätte, indem es seine Auswanderer einfach über China gehen ließ, was umso leichter möglich sei, als ein typischer Unterschied zwischen den mongolischen Spielarten der Chinesen und Japaner nicht festzustellen sei. Sie drehen den ganzen Kampf auf den Rassengegensatz herüber, obwohl er im Grunde auch eine sehr starke wirtschaftliche Seite hat. Der anspruchsvolle japanische Arbeiter unterbietet an der Westküste den weißen Arbeiter; die amerikanischen Arbeiter haben also ein Interesse daran, sich diese billige Konkurrenz vom Hals zu schaffen. Darüber hinaus aber liegt ganz Amerika die Gefahr, daß die mongolische Rasse mit ihrem riesigen Menschenüberschuß im Wege der friedlichen Invasions den ganzen Pazifischen Ozean erobert. Die erste Etappe wären die Südpazifik-Inseln, die nächste Kalifornien, und auch Australien fühlt sich von der japanischen Rasse bedroht. Es hat wohl auch einmal eine Zeit gegeben, wo Japan eine kriegerische Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten nicht scheute und sich so stark glaubte, trotz der überlegenen Einwohnerzahl Nordamerikas den Krieg zu gewinnen und dadurch seine Vormachtstellung im Osten endgültig festzulegen. Vielleicht sogar mit der Absicht, an der kalifornischen oder mexikanischen Küste sich einen Brückenkopf zu sichern, von dem aus die Eroberung des großen Kontinents fortgesetzt werden sollte. Aber diesen Zeitpunkt hat Japan verpaßt.

Im Weltkrieg mußte es ruhig zusehen, wie auch die Vereinigten Staaten sich eine starke Rüstung auflegten und dadurch den Nachteil ausglich, den sie bisher gegen Japan hatten, wie sie gleichzeitig ein gewaltiges Heer aufstellten und infolgedessen auch jetzt immer noch über eine Armee waffengeübter Männer verfügen. Auf die Dauer muß die stärkere Rüstungskraft wie auch die stärkere Finanzkraft des nordamerikanischen Kontinents sich durchsetzen. Hingukommt, daß durch das Erdbeben Japan ungeheure Verluste erlitten hat. Militärisch wie auch finanziell durch Lieferungen während des Krieges war es ihm gelungen, seine Schulden aus der Zeit des russisch-japanischen Krieges abzustößen und sich gesund zu machen; jetzt steht es erneut vor großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, ist also gar nicht imstande, einen kriegerischen Konflikt mit den Vereinigten Staaten zu provozieren. Deshalb soll man die erregte Sprache, die jetzt von Tokio aus geführt wird, nicht überhören. Begreiflich, daß die Japaner schwer verletzt sind, aber irgendwelche Möglichkeiten, durch einen Druck von außen sich durchzusetzen, haben sie nicht. Wenn ihnen nicht die innerpolitische Lage der Vereinigten Staaten

Schwere Zusammenstöße in Brandenburg.

Berlin, 22. April. Wie die Blätter berichten, wurde Budow in der Nacht am Donnerstag der Schauplatz einer großen Schlägerei zwischen Kommunisten und rechtsradikalen Jugendbündlern, wobei ein Mitglied der rechtsradikalen Pfadfinder erschossen und ein junger Kommunist durch Messerstiche schwer verletzt wurden. In der Nähe wühlende Pfadfinder trennten mit Gewalt die Kämpfenden, nahmen zwei Kommunisten fest und brachten sie zum Amtsvorsteher in Budow. Ihre Anhänger zogen vor das Gerichtsgelände und verlangten so heimlich die Freilassung der Kameraden, jedoch der Vorsteher schickte die beiden entließ. Dem Sozialangehörigen zufolge ist bei der Schlägerei noch ein zweites Mitglied der rechtsradikalen Jugendbündler so schwer verletzt, daß er am Donnerstag im Budower Krankenhaus seinen Verletzungen erliegen ist. Die Abteilung I des Berliner Polizeipräsidiums entsandte sofort mehrere Beamte zur Untersuchung des Tatbestandes nach Budow.

Volksbegehren über den Achtfundentag?

Wie der Berliner „Montag“ meldet, hat der Allg. Deutsche Gewerkschaftsbund auf Antrag des Deutschen Textilarbeiterverbandes beschlossen, die Frage des Achtfundentages auf dem Wege des Volksentscheides zur Entscheidung zu bringen. Eine Kommission, in der auch der Allg. eine Krete Ansehellenbund und der Allgem.

Deutsche Beamtenbund vertreten sind, ist gegenwärtig mit den technischen Vorbereitungen beschäftigt. Wie das Blatt erklärt, wollen die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände nicht ein besonderes Gesetz über den Achtfundentag zur Volksabstimmung stellen, sondern die Ratifikation des Washingtoner Abkommens des Völkerbundes verlangen, das die grundsätzliche Festlegung des Achtfundentages enthält. Das Volksbegehren wird erst nach den Wahlen dem neuen Reichstag eingebracht werden.

Liberale und Macdonald.

TU. London, 22. April. Der Hauptzeitungsleiter der Liberalen, Philipps, hat gestern vor liberalen Wählern folgende Ansprache in West-Edinburgh gehalten: Wenn die Liberalen und die Arbeiterpartei offen und frei miteinander verhandeln, dann besteht die Möglichkeit, während der Dauer des gegenwärtigen Parlaments das Schicksal zahlreicher Mißbräute zu erleichtern. Wir in der liberalen Partei sind bereit, der Arbeiterpartei zu diesem Zwecke zu helfen. Wir haben es während der letzten Monate wieder und wieder getan, indem wir die Regierung vor Niederlagen im Unterhaus bewahrten. Die einzige Antwort des Premierministers bestand darin, daß er in den Wahlkreisen seine Vorbereitungen gegen dieselben Männer traf, die ihre Gesundheit und ihre Arbeitskraft im Unterhaus opferten, um ihn im Amte zu erhalten.













